

Nr. 56/2002

Sankt Augustin, Januar 2002

Quo vadis Europa? – Die europäische Agenda nach dem EU-Gipfel von Laeken

Franz-Josef Reuter /

Mark C. Fischer

Ansprechpartner: Franz-Josef Reuter
Leiter des Europabüros Brüssel der Konrad-Adenauer-Stiftung

Mark C. Fischer
Mitarbeiter des Europabüros Brüssel

Telefon: 00 32 2 / 7 43 07 43
Telefax: 00 32 2 / 7 43 07 49
E-mail: fischer@eukas.be

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, Europabüro, Avenue de l'Yser 11, B – 1040 Bruxelles
Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, D – 53 757 Sankt Augustin

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

I.	Die Belgische EU-Präsidentschaft – Schwieriger Weg nach Laeken	
1.	Einschätzung der Ergebnisse.....	3
2.	Die Erklärung von Laeken.....	9
3.	Der Konvent.....	10
II.	Die Spanische EU-Präsidentschaft – More from Europe?	
1.	Prioritäten.....	12
2.	Probleme.....	13
III.	Die Erweiterung der Europäischen Union – Alles nach Fahrplan?	
1.	Die grundlegenden Herausforderungen.....	16
2.	Die Motivation der Mitgliedstaaten.....	18
3.	Die Wirtschaftslage in den Kandidatenstaaten.....	19
4.	Das Meinungsbild in den Kandidatenstaaten.....	20
IV.	Was bleibt zu tun ?	22
V.	Weitere Informationen im Internet	24

I. Die Belgische EU-Präsidentschaft – Schwieriger Weg nach Laeken

Trotz einiger unerledigt gebliebener Dossiers konnte die mit Ende des Jahres 2001 vergangene belgische EU-Ratspräsidentschaft wieder einmal eindrucksvoll belegen, daß erfolgreiche und zukunftsweisende Europapolitik nicht unbedingt in einer direkten Korrelation mit der Größe des sie betreibenden Staates stehen muß. Mit der Erklärung von Laeken gelang den Belgiern nach einer äußerst ereignisreichen Präsidentschaft, die auch von diplomatischen „Ausrutschern“ nicht ganz verschont blieb, zum Abschluß noch der große Wurf, welcher der vielgerühmten französischen Diplomatie im Jahr zuvor, auch durch eigenes verschulden, in Nizza verwehrt geblieben war.

Viele Diplomaten zeigten sich erstaunt darüber, wie schnell und elegant es der belgischen Verhandlungsführung gelang, ein so ehrgeiziges Dokument wie die Erklärung von Laeken, die ein sehr breites Mandat für den Konvent zur Vorbereitung der nächsten Regierungskonferenz beinhaltet, durchzusetzen. Doch die bei der Einberufung des Konvents herrschende Harmonie, die der belgische Gastgeber auch in den Abschluß des Treffens retten wollte, war dann wieder schnell verflogen und mündete in einem kleinen Eklat. Italiens Premierminister Silvio Berlusconi verließ wutentbrannt den Saal, nachdem die neue Lebensmittelagentur nicht, wie von ihm verlangt, und nach seinem Einlenken beim europäischen Haftbefehl erhofft, in Parma angesiedelt werden soll. Die Agentur sollte nach einem Vorschlag Verhofstadts nach Helsinki vergeben werden. Um eine Einigung zu ermöglichen, die möglichst vielen

Wünschen gerecht wird, hatte der Belgier eine ganze Liste mit EU-Behörden zusammengestellt, die in die verschiedenen Länder vergeben werden sollten – einige existieren bisher allerdings nur auf Papier. Frankreich beansprucht die neue Seeschiffahrtsbehörde, für die sich auch Portugal bewirbt. Der belgische Ministerpräsident und amtierende Ratsvorsitzende, Verhofstadt, zog daraufhin das Paket für die Standorte aller neuen EU-Behörden komplett zurück.

1. Einschätzung der Ergebnisse

Die belgische Regierung legte am 2. Mai 2001 eine Liste mit sechzehn Prioritäten für den belgischen Ratsvorsitz vor. Von vielen Beobachtern wurde der Föderalstaat ob dieser ehrgeizigen Agenda mit einigem Sarkasmus bedacht: zu ambitiös schien dieser selbstauferlegte Arbeitsauftrag zu sein, zu viele verschiedene Themenbereiche sollten in Angriff genommen werden. Insbesondere definierte der belgische Vorsitz sechs „Kraftlinien“, die richtungsangehend für die politische Arbeit sein sollten:

- Die Vertiefung der Debatte über die Zukunft Europas;
- Die Verbesserung der Arbeitsqualität, die Förderung der Chancengleichheit und die Bekämpfung der Armut und des sozialen Ausschlusses;
- Die Förderung eines dauerhaften Wirtschaftswachstums und einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik;
- Die Schaffung eines europäischen Raums für Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit;
- Die Förderung der dauerhaften Entwicklung und der Lebensqualität;
- Die Erweiterung und die Verstärkung der externen Dimension der Europäischen Union.

Bei den internen Politikbereichen stach selbstverständlich die politische Begleitung der Euro-Einführung hervor, welche den Belgiern terminlich in den

Schoß gefallen war. Sie konnte dank einer langen Vorbereitungsphase auch souverän durchgeführt werden. Am 1. Januar 2002 wurde der Euro für die Bürger in den elf Mitgliedstaaten der Euro-Gruppe eine greifbare Realität. Die, von kleineren Verzögerungen in Italien abgesehen, reibungslose Umstellung der Währungen ist nicht zuletzt der politischen Koordination der in den Mitgliedstaaten parallel verlaufenden Maßnahmen zu verdanken.

Unter dem Motto, „Die Europäische Union muß Antworten auf die aktuellen und künftigen Herausforderungen finden“, widmete sich der belgische Vorsitz so verschiedenen Politikfeldern wie Arbeitsqualität, Gleichbehandlung, sozialer Integration, Altersversorgung, Nachhaltiger Entwicklung und dem Gemeinschaftspatent. Hier konnten in den meisten Bereichen Fortschritte erzielt werden, auch wenn das Gesetz über ein Gemeinschaftspatent letztendlich daran scheiterte, in welchen Amtssprachen der europäische Patentschutz verfaßt sein sollte – eine Problematik, die gerade den Belgiern, einem Volk mit drei offiziellen Landessprachen, geläufig sein sollte. Auch das europäische Prestigeprojekt „Galileo“, ein satellitengestütztes Navigationssystem, ist nach langen Planungen mangels Zahlungswilligkeit erst einmal auf Eis gelegt worden.

Bei der Fortsetzung der Erweiterungsverhandlungen kann die belgische Ratspräsidentschaft auf beeindruckende Erfolge verweisen. Vierzig Verhandlungskapitel wurden abgeschlossen, fünfzehn konnten neu eröffnet werden. Die Europäische Kommission konnte im November 2001 die erfreuliche Mitteilung herausgeben, daß bei gleichbleibendem Tempo der in den Kandidatenländern durchgeführten Reformen und bei anhaltender Verhandlungsgeschwindigkeit, zehn Staaten – Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern - die Verhandlungen bis Ende 2002 fristgerecht abschließen können werden.

Bulgarien und Rumänien sollen zur weiteren Heranführung an die Union eine spezielle Hilfestellung erhalten.

Verhandlungsstand am 15. Januar 2002

Verhandlungskapitel	Polen	Ungarn	Tschechien	Estland	Slowenien	Zypern
1. Freier Warenverkehr	+	+	+	+	+	+
2. Freier Personenverkehr	+	+	+	O	+	+
3. Freier Dienstleistungsverkehr	+	+	+	+	+	+
4. Freier Kapitalverkehr	O	+	+	+	+	+
5. Gesellschaftsrecht	+	+	+	+	+	+
6. Wettbewerbspolitik	O	O	O	+	+	O
7. Landwirtschaft	O	O	O	O	O	O
8. Fischerei	O	+	+	+	+	+
9. Verkehr	O	+	O	O	+	+
10. Steuern	O	+	+	O	+	O
11. WWU	+	+	+	+	+	+
12. Statistik	+	+	+	+	+	+
13. Soziales/Beschäftigung	+	+	+	+	+	+
14. Energie	+	+	+	O	+	+
15. Industriepolitik	+	+	+	+	+	+
16. Kleine und mittlere Unternehmen	+	+	+	+	+	+
17. Wissenschaft/Forschung	+	+	+	+	+	+
18. Bildung/Ausbildung	+	+	+	+	+	+
19. Telekommunikation	+	+	+	+	+	+
20. Kultur/Audiovisuelles	+	O	+	+	+	+
21. Regionalpolitik	O	O	O	O	O	O
22. Umwelt	+	+	+	+	+	+
23. Verbraucher- / Gesundheitsschutz	+	+	+	+	+	+
24. Justiz/Inneres	O	+	+	O	+	+
25. Zollunion	+	+	+	O	+	+
26. Außenbeziehungen	+	+	+	+	+	+
27. GASP	+	+	+	+	+	+
28. Finanzkontrolle	+	+	+	+	+	+
29. Haushalt	O	O	O	O	O	O
30. Institutionen	-	-	-	-	-	-

31. Verschiedenes	-	-	-	-	-	-
Kapitel eröffnet	29	29	29	29	29	29
Kapitel geschlossen	20	24	24	20	26	24

+ = Verhandlungen vorläufig abgeschlossen
 - = Verhandlungen noch nicht eröffnet

O = Verhandlungen eröffnet

Verhandlungsstand am 15. Januar 2002

Verhandlungskapitel	Lettland	Litauen	Slowakei	Rumänien	Bulgarien	Malta
1. Freier Warenverkehr	+	+	+	-	O	+
2. Freier Personenverkehr	+	+	+	-	O	+
3. Freier Dienstleistungsverkehr	+	+	+	-	+	+
4. Freier Kapitalverkehr	+	+	+	-	+	+
5. Gesellschaftsrecht	+	+	+	+	+	+
6. Wettbewerbspolitik	+	+	O	O	O	O
7. Landwirtschaft	-	-	-	-	-	-
8. Fischerei	+	+	+	+	+	O
9. Verkehr	+	+	+	-	O	+
10. Steuern	O	O	-	O	O	-
11. WWU	+	+	+	-	-	+
12. Statistik	+	+	+	+	+	+
13. Soziales/Beschäftigung	+	+	+	O	O	+
14. Energie	+	-	+	-	O	+
15. Industriepolitik	+	+	+	-	+	+
16. Kleine und mittlere Unternehmen	+	+	+	+	+	+
17. Wissenschaft/Forschung	+	+	+	+	+	+
18. Bildung/Ausbildung	+	+	+	+	+	+
19. Telekommunikation	O	+	+	O	+	+
20. Kultur/Audiovisuelles	+	+	+	O	+	+
21. Regionalpolitik	O	O	O	-	O	O
22. Umwelt	+	+	+	-	O	-
23. Verbraucher- / Gesundheitsschutz	+	+	+	+	+	+
24. Justiz/Inneres	O	O	O	-	O	O
25. Zollunion	+	+	+	O	O	-
26. Außenbeziehungen	+	+	+	+	+	+
27. GASP	+	+	+	+	+	+
28. Finanzkontrolle	+	+	-	-	O	+
29. Haushalt	O	O	O	-	O	O
30. Institutionen	-	-	-	-	-	-

31. Verschiedenes	-	-	-	-	-	-
Kapitel eröffnet	28	27	26	15	27	28
Kapitel geschlossen	23	23	22	9	14	20

Quelle: *Uniting Europe*, No. 170, 14. Januar 2002, S. 8f

Der externen Dimension der belgischen Ratspräsidentschaft kam durch die Geschehnisse des 11. September 2001 eine unerwartete Bedeutung sowie eine nicht zu unterschätzende Brisanz zu. Die Terroranschläge in den Vereinigten Staaten wurden zum alles beherrschenden Ereignis der letzten sechs Monate und änderten mit einem Schlag auch die außenpolitische Agenda des belgischen Premiers Guy Verhofstadt und seines wortgewaltigen Außenministers, Louis Michel. Die EU reagierte ungewöhnlich schnell und stellte innerhalb von zehn Tagen einen Katalog von 68 Einzelmaßnahmen zusammen, welche die Dossiers Finanz-, Wirtschafts-, Verkehrs-, Innen- und Justizpolitik umfassen. Ein Großteil dieser Maßnahmen, welche den europäischen Haftbefehl, eine gemeinsame Definition strafbarer Terrorakte, eine gemeinsame Liste über terroristische Organisationen, die engere Zusammenarbeit der europäischen Nachrichtendienste und die Übertragung einer wichtigeren Rolle an Europol beinhalten, wurde bereits während des belgischen Vorsitzes abgearbeitet. Zu einer undankbaren Aufgabe geriet die Außenvertretung der Union, welche sich die beiden belgischen Amtsinhaber mit dem Hohen Beauftragten für die gemeinsame Außenpolitik, Javier Solana, teilten. Die offen zur Schau getragene, rein bilateral abgestimmte nationale Krisenpolitik der drei großen Unionsmitglieder, Großbritannien, Frankreich und Deutschland, sorgte bei den anderen EU-Regierungen für Verstimmung. Auch ließ dieses Gebaren die, nicht zuletzt von der deutschen Bundesregierung regelmäßig vorgetragenen, wortreichen Erklärungen zu einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), verstärkt durch eine schlagkräftige Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP), im harten Schlaglicht der sicherheitspolitischen Realität als das erscheinen was sie sind:

Sonntagsreden zu einer europäischen Idee, deren Zeit eigentlich schon längst gekommen ist, zu deren Realisierung den maßgeblichen Regierungen – hier muß noch einmal ausdrücklich die deutsche Regierung erwähnt werden - jedoch der politische Gestaltungswille und der finanzielle Durchsetzungswille fehlen. Für die EU hätte sich die Situation nach dem 11. September als Chance dargeboten, ein Beispiel für eine koordinierte und wirksame Außenpolitik zu präsentieren. Statt dessen konnte man einen unrühmlichen Wettlauf nach Washington zwischen Blair, Chirac und Schröder miterleben, die sich bei den Vereinigten Staaten mit (von Großbritannien abgesehen) voreiligen und unerwünschten (weil nicht benötigten) militärischen Hilfsangeboten vorstellten.

Darüber hinaus wurde die mangelnde Koordination der europäischen Außenpolitik noch exemplarisch zur Schau gestellt, als der belgische Außenminister den Medien am ersten Tag des Gipfels von Laeken eine gesamteuropäische EU-Interventionstruppe für Afghanistan unter Beteiligung aller Mitgliedstaaten verkündete, nur um von seinen Kollegen (nicht zuletzt vom britischen Außenminister) umgehend dahingehend berichtigt zu werden, daß es sich um eine internationale UN-Truppe unter britischer Führung handele.

Die Verkündung der Operationalität der schon länger geplanten Schnellen Europäischen Eingreiftruppe, die im Jahr 2003 ca. 60.000 Soldaten innerhalb von drei Monaten für ein Jahr lang in jedem Einsatzgebiet der Welt unterhalten können soll, konnte nur eingeschränkt festgestellt werden. Aufgrund mangelnder militärischer Zuwendungen der Mitgliedstaaten und aufgrund der Rivalität zwischen Griechenland und der Türkei, die ein Abkommen der EU mit der NATO, von der sich die EU militärische Mittel und Kapazitäten „ausleihen“ möchte, erschweren, wird sich dieser Zustand wohl auch nicht kurzfristig ändern.

Es bleibt die Hoffnung, daß dieses die letzten benötigten Lektionen auf dem Weg zu der Einsicht gewesen sind, daß Europa es endlich bewerkstelligen muß, auf internationaler Ebene auch politisch und sicherheitspolitisch mit einer klaren, und somit auch dem wirtschaftlichen Gewicht angemessen einflußreichen, Stimme zu sprechen.

2. Die Erklärung von Laeken

In der Erklärung von Laeken haben die europäischen Staats- und Regierungschefs ein äußerst breit angelegtes und ehrgeiziges Reformwerk angestoßen, welches fast sämtliche Politiken und Strukturen der Union einschließt. In der Erklärung heißt es zu recht, die Union stünde „an einem Scheideweg, einem entscheidenden Moment ihrer Geschichte“. Mit der Erweiterung schickt sich die EU an, eines der dunkelsten Kapitel der europäischen Geschichte, die künstliche Teilung Europas, endlich hinter sich zu lassen. Der externen Herausforderung der Union, in Form von Erweiterung und mangelnder außenpolitischer Gestaltungsfähigkeit, steht die interne Herausforderung des Mangels an Effizienz und Transparenz gegenüber.

Mit der Erklärung von Laeken wurde ein Prozeß in Gang gesetzt, der zur Schaffung einer europäischen Verfassung, zur direkten Wahl eines Präsidenten der Europäischen Kommission, zu öffentlichen Sitzungen des EU-Ministerrats und zu direkten Einflußmöglichkeiten nationaler Parlamente auf EU-Ebene führen könnte. Es werden mehr als 50 detaillierte Fragen an die Zukunft der Europäischen Union gestellt, deren Beantwortung sich der „Konvent“ widmen soll. Darunter befinden sich auch so politisch sensitive Aspekte wie die Einschränkung der Vetorechte der Mitgliedstaaten (und damit die Ausweitung der Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit), der zukünftige Aufbau der Europäischen Kommission und die mögliche Zusammenlegung der Positionen

des Hohen Beauftragten für die Gemeinsame Außenpolitik und des Kommissars für Außenbeziehungen.

In den Zielsetzungen der Erklärung von Laeken werden erstaunlich integrationistische Töne angeschlagen. Zwar wird eine Neubewertung der Kompetenzverteilung innerhalb der Union eingefordert. Es soll geklärt werden, welche neuen Gestaltungsmöglichkeiten auf die EU-Ebene verlegt werden, und welche von der EU auf die nationale Ebene rückübertragen werden sollen. Die spezifischen Ansprüche weisen jedoch auf eine stärkere und engere Union hin: eine kohärentere Gemeinsame Außenpolitik; ein weiterer Spielraum für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik; weitere Integration bei der Inneren Sicherheit; Ausbau der Koordination in der Wirtschaftspolitik, sowie intensivere Zusammenarbeit in den Ressorts Sozial-, Umwelt-, Gesundheitspolitik und Verbraucherschutz. Dieser Katalog wird noch mit den Forderungen nach Institutionen, welche effektiver, transparenter und besser demokratisch legitimiert sind, abgerundet. Der Konvent kann sich über einen Mangel an Aufgaben wahrlich nicht beklagen!

3. Der Konvent

Der Konvent ist dem ersten EU-Gremium dieser Art nachgebildet, das im vergangenen Jahr unter dem Vorsitz des ehemaligen deutschen Bundespräsidenten Herzog eine Charta der europäischen Grundrechte ausgearbeitet hat. Diesem zweiten Konvent werden dreißig Vertreter der nationalen Parlamente, sechzehn Delegierte des Europäischen Parlaments, fünfzehn entsandte der Regierungen sowie zwei EU-Kommissare angehören. Ferner werden Vertreter der Beitrittskandidaten als „aktive Beobachter“, jedoch ohne Stimmrecht, den Beratungen des Konvents folgen können. „Ein

Verfassungsentwurf, der diesen Namen verdient, wäre das ideale Ergebnis“, sagte Bundeskanzler Gerhard Schröder vor Journalisten.

Die Beratungen des Konvents, der seine Arbeit am 28. Februar 2002 aufnehmen soll, werden sich voraussichtlich in zwei Phasen gliedern. In der ersten Phase, welche ungefähr bis Oktober 2002 andauern soll, wird eine Problemanalyse erfolgen, auf die in der zweiten Phase, die nach Brüsseler Expertenmeinung schon im Juni 2003 abgeschlossen sein könnte, die Erstellung des Berichts folgt. Dieser könne auf dem Europäischen Gipfel im Juli 2003 präsentiert und, nach der Sommerpause, von der anschließenden Regierungskonferenz beraten werden.

Mit dem Ziel einer umfassenden Grunderneuerung der Europäischen Union setzten die Regierungschefs auf einen prominenten Repräsentanten der europäischen Vergangenheit: Der 75-jährige französische Ex-Staatspräsident Valéry Giscard D'Estaing soll dem Konvent vorsitzen, der ab kommenden März Vorschläge für eine grundlegende Reform erarbeiten soll. Ihm an die Seite wurden mit den früheren Regierungschefs Belgiens und Italiens, Jean-Luc Dehaene und Giuliano Amato, zwei weitere Politiker gestellt, deren breite europapolitische Erfahrung ebenfalls aus den Zeiten einer hinter verschlossenen Türen operierenden Union stammt. Alle drei seien „wegen ihrer europapolitischen Visionen“ ausgewählt worden, versicherte der belgische Gipfelgastgeber Guy Verhofstadt.

Mangelnde Visionskraft läßt sich dem Trio um Giscard D'Estaing kaum vorwerfen. Der 75-jährige Franzose zählt zu den Vätern der Europäischen Einigung. Er gilt als europaerfahren und durchsetzungsfähig genug, um den 15 Staats- und Regierungschefs pragmatische Lösungsvorschläge für ihr Dilemma an die Hand zu geben. Es wird den EU-Spitzen schwer fallen, sich an den

Ergebnissen, die der Konvents präsentiert werden, vorbeizulavieren. Zu diesem Zeitpunkt werden auch die ersten Beitrittskandidaten kräftig an die Tür des europäischen Hauses klopfen. Den großen Worten müssen dann endlich Taten folgen. Davon ist die Gemeinschaft aber noch weit entfernt.

II. Die Spanische EU-Präsidentschaft – More from Europe?

Die spanische Regierung, unter Führung des Premierministers José Maria Aznar und des Außenministers Josep Piqué übernahm am 1. Januar 2002 den Vorsitz im Rat der Europäischen Union. Das Motto der Präsidentschaft – „More Europe“ - führte in Brüsseler Kreisen angesichts der bekannt zähen spanischen Verhandlungstaktik, wenn es um die Verteidigung der nationalen Interessen in Europa geht, zu dem Bonmot, es habe sich ein kleiner Fehler eingeschlichen, das Motto müsse eigentlich „More from Europe“ heißen.

1. Probleme

Angesichts der Tatsache, daß gerade unter Spaniens Vorsitz, nach der sogenannten „Erweiterungs-Roadmap“, die gemeinsame Verhandlungsposition der Union in den Erweiterungsverhandlungen zu so brisanten – und in Spanien mit besonderem Interesse verfolgten – Themen wie Regionalpolitik und Strukturinstrumente, Haushalts- und Finanzfragen, Landwirtschaft sowie Institutionen erarbeitet werden muß, kann man sich in Brüssel zumindest auf eine politisch höchst interessante Präsidentschaft einrichten. Hier wird sich die spanische Verhandlungsführung, vor allem bei der Regionalpolitik, von den EU-Partnern genau auf die Finger schauen lassen müssen. Ob die geforderte Unparteilichkeit gegen die Begehrlichkeiten der nationalen Interessen an der EU-Strukturförderung bestehen kann, steht noch in Zweifel. Zwar gelten die aktuellen Haushaltsbestimmungen der EU unter der Agenda 2000 bis zum Jahr 2006, und Spanien vertritt die Ansicht, daß die erste Beitrittsrunde in den

gegenwärtigen Zahlen schon enthalten ist. Aufgrund des erweiterten Kandidatenkreises werden sich jedoch die Diskussionen über einen erhöhten Finanzbedarf kaum vermeiden lassen.

Gleich zu Anfang wurde der spanischen Vorsitzes überschattet durch den Rücktritt des in Europa hoch geachteten italienischen Außenministers Renato Ruggiero, nachdem dieser sich aufgrund der europafeindlichen Tendenzen in Berlusconi's Kabinett isoliert gefühlt hatte. Ein Treffen mit dem spanischen Außenminister kam nicht zustande, nachdem Berlusconi, unter heftiger Kritik der europäischen Medien, die Amtsgeschäfte des Außenministers selbst übernommen hatte. Weitere Stolpersteine stehen für Aznar in Form von Wahlen in Deutschland und Frankreich bereit. Insbesondere die Verhandlungen über das Agrarressort, welche auf der spanischen Agenda stehen, werden vor dem französischen Votum nicht sinnvoll aufgenommen werden können, da sich kein französischer Politiker im Wahlkampf vor der berüchtigten heimischen Agrarlobby eine Blöße geben wird.

2. Prioritäten

Trotz dieser Widerstände hat sich auch der spanische Vorsitz ein ehrgeiziges Programm auf die Fahnen geschrieben. Die übergreifenden Prioritäten sind wie folgt definiert:

- Der Kampf gegen den Terrorismus in einer Zone der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts;
- Die erfolgreiche Einführung des Euro;
- Neuer Schwung für den Lissabon-Prozeß, ein wohlhabenderes, dynamischeres Europa, daß seinen Bürgern dient;
- Die Erweiterung der Europäischen Union
- Außenbeziehungen, mehr Europa in der Welt
- Die Debatte über die Zukunft Europas.

Spanien wird sich als treuer Bundesgenosse der Vereinigten Staaten dem Kampf gegen den Terrorismus als eine der obersten Prioritäten widmen. Das Verhältnis zwischen dem des Spanischen mächtigen amerikanischen Präsidenten Bush und Aznar ist ausgezeichnet, und daher ist es nicht verwunderlich, wenn in der Einleitung zum spanischen Präsidentschaftsprogramm Zeilen wie, „mit dem Vorhaben den strategischen Krieg gegen den Terrorismus bis zum bitteren Ende zu kämpfen“, zu finden sind.

Ein weiterer Schwerpunkt in den Außenbeziehungen soll auf die Intensivierung der Beziehungen zu Lateinamerika, als dessen Sprachrohr und Vermittler sich Spanien aufgrund der gemeinsamen kulturellen Wurzeln versteht, gelegt werden. Vor allem die schwierigen Verhandlungen zwischen der EU und dem Mercosur bezüglich einer gemeinsamen Freihandelszone sollen neuen Auftrieb erhalten. Desgleichen soll das bilaterale Freihandelsabkommen mit Chile, welches zur Zeit verhandelt wird, noch unter spanischer Präsidentschaft zum erfolgreichen Abschluß geführt werden.

Die Implementierung des auf dem Europäischen Rat im März 2000 aus der Traufe gehobenen Lissabon-Prozesses, unter dessen Überschrift sich die EU zum Ziel gesetzt hat, die Union innerhalb einer Dekade zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen, ist von den Mitgliedstaaten angesichts der schwachen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung nicht sonderlich erfolgreich betrieben worden. Die verbindlichen Ziele und Fristen, die für eine Vielzahl verschiedener Politiken, welche wirtschaftlichen und sozialen Strukturwechsel sowie technologische Innovation beinhalten, vereinbart wurden, sind nur im Ansatz verwirklicht worden, so daß der Anspruch vom März 2000 heute fast lächerlich wirkt. Doch gerade in Zeiten der wirtschaftlichen Stagnation sollten Reformen

dringender angegangen und nicht auf die lange Bank geschoben werden. Schon anlässlich des EU-Gipfels in Stockholm merkte Binnenmarktkommissar Bolkestein an, daß es besonders enttäuschend sei, daß so schwache Ergebnisse gerade im ersten Jahr nach der Verabschiedung der Agenda erzielt worden seien. Auch die deutsche Regierung muß sich vorwerfen lassen, daß sie bei der Umsetzung der Binnenmarktrichtlinien auf dem „Scoreboard“ nur im unteren Mittelfeld, bei Umweltrichtlinien gar auf dem letzten Platz rangiert (und das einer Regierung mit Beteiligung der „Umwertpartei“ die Grünen).

Die spanische Ratspräsidentschaft hat sich angesichts dieser schwachen Bilanz vorgenommen, den ursprünglichen Ansatz des Lissabon-Prozesses auf dem Europäischen Rat in Barcelona, im März dieses Jahres, zu revitalisieren. Der Vorschlag ist, zurück zu den „Basics“ zu gehen und die Rigidität und geringe Geschwindigkeit des Reformprozesses anzugehen. Es muß jedoch angemerkt werden, daß zu bezweifeln bleibt, ob die Schaffung des dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraums der Welt auf Beschluß von Staats- und Regierungschefs zentral geplant und verwirklicht werden kann.

III. Die Erweiterung der Europäischen Union – Alles nach Fahrplan?

In den letzten Fortschrittsberichten zur Erweiterung, die am 13. November 2001 erschienen, kommt die Europäische Kommission zu der Einschätzung, daß der Erweiterungsprozeß innerhalb des geplanten Zeitrahmens bis 2004 weiterläuft, und daß die Union, ohne das aktuelle Budget zu gefährden, zehn neue Mitglieder aufnehmen könne. Die Fortschrittsberichte zeigen, daß die Unterschiede zwischen den Kandidaten stetig abnehmen, so daß die Kommission zu dem Schluß kommt, daß man nicht mehr von verschiedenen Erweiterungswellen sprechen könne. Es zeichnet sich also immer deutlicher ab,

daß die EU innerhalb der nächsten fünf Jahre wahrscheinlich auf 25 Mitgliedstaaten anwachsen wird. Lediglich Bulgarien und Rumänien könnten in der ersten Erweiterungsrunde ausgelassen werden, da sie noch nicht die ökonomischen Kriterien und die Verpflichtungen der EU-Mitgliedschaft erfüllen könnten. Der Vorschlag des französischen Außenministers Vedrine, wenn man zehn Kandidaten aufnehme, wäre es doch sicherlich auch möglich, Bulgarien und Rumänien „mitzunehmen“, muß als diplomatisches „Sperrfeuer“ abgetan werden, da dieses die Entscheidungskriterien des Erweiterungsprozesses zu stark politisieren würde. Zwar spielen politische und geostrategische Erwägungen bei der EU-Erweiterung sicherlich eine herausragende Rolle. Die Erweiterungsverhandlungen sind jedoch zum größten Teil nach strikt wirtschaftlichen und rechtlichen Gesichtspunkten geführt worden. Zum Abschluß dieser Verhandlungen eine rein politische Entscheidung über die Aufnahme von Kandidaten zu fällen, hieße den gesamten Prozeß ad absurdum zu führen.

1. Grundlegende Herausforderungen

An der Erweiterung führt für die EU aus ökonomischen, politischen und sicherheitspolitischen Gründen kein Weg vorbei. Die Aufnahme von bis zu zwölf Staaten in den kommenden Jahren wird jedoch zu einer existentiellen Herausforderung für die Union, wenn sie als handlungsfähige politische Einheit bestehen möchte. Der Druck zu weitreichenden internen Reformen, insbesondere im Bereich der Entscheidungsfindungsstrukturen wird sich stetig erhöhen. Es stellt sich also die bekannte doppelte Herausforderung aus der Erweiterung der Union bei gleichzeitiger Vertiefung. Eine erweiterte Union wird zudem in ihrem ökonomischen, sozialen aber auch kulturellen Aufbau wesentlich heterogener sein als die heutige EU-15. Läßt sich daraus schließen, daß die auflösenden Kräfte innerhalb der EU somit zunehmen? Wenn dem so wäre, dann müßten die integrativen Gegenkräfte in gleichem Maße gestärkt

werden, d.h. eine weitere Verlagerung von Entscheidungskompetenzen nach Brüssel. Ob sich dafür politische Mehrheiten finden bleibt abzuwarten.

Basisdaten der Beitrittskandidaten				
Staat	Bevölkerung am 01.01.2000 /x1000	Staatsgebiet / km²	BIP in 2000 / Mrd. €	BIP per capita in 2000 / €
Türkei 	64 818	769 604	217.4	6 400
Polen 	38 654	312 685	171.0	8 700
Rumänien 	22 456	238 391	40.0	6 000
Tschechien 	10 278	78 886	55.0	13 500
Ungarn 	10 043	93 030	49.5	11 700
Bulgarien 	9 191	110 971	13.0	5 400
Slowakei 	5 399	49 035	20.9	10 800
Litauen 	3 699	65 300	12.2	6 600
Lettland 	2 424	64 589	7.7	6 600
Slowenien 	1 988	20 273	19.5	16 100
Estland 	1 439	45 227	5.5	8 500
Zypern 	755	9 251	9.5	18 500
Malta 	388	316	3.9	11 900
Kandidaten gesamt	171 532	1 857 558	625.1	10 054
EU-15 gesamt	376 455	3 191 000	8 526.0	22 530

Quelle: Eurostat, 14./15. Dezember 2001

2. Die Motivation der Mitgliedstaaten

Bei der Erörterung des Beitrittsprozesses ist zu berücksichtigen, daß innerhalb der EU grundsätzlich unterschiedliche Interessenlagen zum Thema Erweiterung vorhanden sind. Obwohl ein fundamentaler Konsens innerhalb der Union darüber besteht, daß die Erweiterung im wohlverstandenen wirtschaftlichen, politischen und sicherheitspolitischen Eigeninteresse der heutigen Mitgliedstaaten liegt – man bedenke nur die möglichen Alternativen zu einer Erweiterung, Instabilität, wirtschaftlicher Niedergang und politische Abkapselung in Mittel- und Osteuropa – weisen die jeweiligen Motivationsgrundlagen für die Zustimmung zur Erweiterung ein breites Spektrum auf. Neben unterschiedlichen regionalen Schwerpunkten stehen sich vor allem drei politische Denkschulen gegenüber.

Diejenigen, welche die Erweiterung hauptsächlich aufgrund der damit einhergehenden Stabilisierung der jungen Demokratien befürworten (Erweiterung um der Kandidaten willen);

diejenigen, welche die Erweiterung aufgrund des daraus resultierenden Reformdrucks auf dem Weg zu weiterer Integration befürworten (Erweiterung zur Schaffung der politischen Einheit Europas);

und diejenigen, welche die Erweiterung betreiben, um eine weitergehende Vertiefung der Integration zu Verhindern (Erweiterung um aus der EU eine intensivierete Freihandelszone zu machen).

Welche politische Richtung sich nach der Erweiterung durchsetzen wird, hängt vor allem vom politischen Gestaltungswillens der Europapolitiker ab sowie von äußeren Faktoren, wie z.B. der zunehmenden Globalisierung und Internationalisierung nicht nur der Wirtschaft sondern auch weiterer Politikfelder wie Sicherheit, Umwelt und sogar Sozialpolitik. In dem Maße, in dem nationale Handlungsspielräume enger werden, wird sich die jeweilige politische Gestaltungsmacht zwangsläufig auf die supranationale Ebene

verlagern, wenn es nicht zu einem vollständigen Scheitern der Politik kommen soll.

3. Die Wirtschaftslage in den Kandidatenstaaten

Der wirtschaftliche Nutzen, den die heutigen Mitgliedstaaten der Union aus der Erweiterung bereits heute ziehen und zukünftig erwarten können, steht nach Expertenmeinung in keinem Verhältnis zu den immer wieder kritisierten „horrenden Kosten“, welche die Erweiterung mit sich bringt. Einerseits ist mit dem vereinbarten Höchstsatz von 1,27% des BIP der Mitgliedstaaten für Aufwendungen an die EU den zu verwendenden Mitteln eine strikte Grenze gesetzt. Andererseits trägt der stetig steigende Handel mit Mittel- und Osteuropa bereits heute wesentlich zum Wohlstandsgewinn innerhalb der Union bei.

Ökonomische Schlüsselindikatoren

Staat	BIP-Wachstum 1995-99 /%	BIP-Wachstum 2000 /%	Inflationsrate 2000 /%	Arbeitslosen- quote 2000 /%	Außenschulden /% des BIP 1999
Bulgarien	-1.8	5.8	10.3	15.6	79.7
Estland	4.6	6.9	3.9	19.1	48.5
Lettland	3.2	6.6	2.6	16.3	25.2
Litauen	3.2	3.3	0.9	16.2	26.5
Malta	4.5	5.0	2.4	8.8	227.7
Polen	5.7	4.0	10.1	14.2	31.1
Rumänien	-0.6	1.6	45.7	6.9	25.2
Slowenien	4.2	4.6	8.9	13.2	24.2
Slowakei	5.0	2.2	12.7	4.9	42.1
Tschechien	1.5	2.9	3.9	6.6	22.8
Türkei	3.9	7.2	54.9	6.6	46.3
Ungarn	3.3	6.9	10.0	6.5	56.1
Zypern	4.0	4.8	4.9	7.0	160.9
Kandidaten gesamt	3.1	4.8	13.2	11.7	n/a
EU-15 gesamt	2.4	3.3	2.1	8.2	n/a

Quelle: Eurostat, 14./15. Dezember 2001, <http://europa.eu.int/comm/eurostat/>

Ökonomische Daten belegen, daß die Wachstumsraten der Volkswirtschaften der Beitrittskandidaten, selbst in Zeiten einer sich verlangsamenden Weltwirtschaft, über Jahre hinweg diejenigen der heutigen Mitgliedstaaten überflügeln. Das Wohlstandsgefälle ist in einigen Fällen sicherlich noch gewaltig, es läßt sich jedoch nicht ignorieren, daß die gesamte Region Mittel- und Osteuropas als stabile Wachstumsregion angesehen werden kann. Daher sollte der gesamte Erweiterungsprozeß vor allem wirtschaftlich als eine sinnvolle Investition in die Zukunft betrachtet werden.

4. Das Meinungsbild in den Kandidatenstaaten

Generell läßt sich feststellen, daß sich in den 13 Kandidatenstaaten stabile Mehrheiten für einen Beitritt zur Europäischen Union finden. Durchschnittlich beurteilen 59% der Befragten, daß die Mitgliedschaft in der EU „eine gute Sache“ für ihr Land wäre. Vor die direkte Frage eines Referendums über den Beitritt gestellt, sprächen sich sogar 65% dafür aus (alle Angaben nach Eurobarometer, AC-EB No 1).

Es bleibt anzumerken, daß die Mehrheiten in den voraussichtlich noch am weitesten vom Beitritt entfernten Staaten - Rumänien und Bulgarien - am entschiedensten sind. Im ökonomisch sehr neoliberalen Baltikum hingegen ist die Skepsis gegenüber einer zu intensiven Einmischung der übermächtigen EU stärker ausgeprägt. Die EU hat in den Kandidatenstaaten sogar ein besseres Image (52% positiv) als in den Mitgliedstaaten (42% positiv).

Aktionen wie das angestrebte Volksbegehren, welches die österreichische Rechtspartei FPÖ unter dem Motto „Ja zum Leben – Nein zu Temelin“ gegen ein tschechisches Atomkraftwerk nahe der Grenze anstrengen möchte, haben jedoch durchaus das Potential, die Atmosphäre in den Kandidatenstaaten empfindlich zu stören. Das Volksbegehren würde den EU-Beitritt Tschechiens

mit der endgültigen Abschaltung des grenznahen, als unsicher geltenden Kraftwerkes verbinden. Die österreichische Regierung wird also aufgerufen, gegen den EU-Beitritt des Nachbarlandes ein Veto einzulegen, wenn es die Abschaltung des Kernkraftwerks Temelin verweigert. Auch wenn es dem österreichischen Bundeskanzler Schüssel (ÖVP) nicht genehm ist, zeichnet sich ab, daß sich der Nationalrat mit dem Anliegen befassen muß. Freilich verkauft die FPÖ diese Initiative als Wahrnehmung des überparteilichen Volkswillens. Daher findet sich auch auf den Aufrufen nirgendwo die Unterschrift der Initiatoren. Die politische Sprengkraft dieser Aktion des Brandstifters Jörg Haider sollte nicht unterschätzt werden.

Referendum über den EU-Beitritt				
Staat	Dafür stimmen	Dagegen stimmen	Keine Stimmabgabe	Weiß nicht
Rumänien	85	3	7	6
Bulgarien	80	4	6	9
Ungarn	70	10	13	7
Türkei	68	20	4	8
Slowakei	66	11	15	9
Zypern	62	25	2	11
Slowenien	56	22	9	13
Polen	54	26	11	9
Tschechien	54	18	15	13
Litauen	50	20	15	15
Lettland	46	32	9	12
Malta	40	36	11	14
Estland	38	27	21	14
Kandidaten gesamt	65	18	8	9

Alle Angaben in Prozent

Quelle: Eurobarometer (AC-EB No 1), Oktober 2001, http://europa.eu.int/comm/public_opinion

Zwar ist die Europäische Union in den Beitrittskandidaten mit 97% die am weitesten bekannte internationale Organisation. Es stellte sich bei der Befragung jedoch auch heraus, daß ein Großteil der Bevölkerung sich nicht hinreichend über den Beitrittsprozeß ihres Heimatlandes zur EU informiert fühlen.

IV. Was bleibt zu tun?

Die erfolgreiche Einführung des Euro ist sicherlich als ein Meilenstein in der Geschichte der europäischen Integration anzusehen. Dennoch bleibt die Liste der Herausforderungen, denen sich Europa gegenübergestellt sieht unvermindert lang. Die Neu- und Umverteilung der Kompetenzen auf horizontaler und vertikaler Ebene innerhalb der Union bedarf dringender Regelung. Damit zusammenhängend müssen sowohl die Institutionen als auch die Entscheidungsmechanismen der Union vereinfacht werden, damit eine größere demokratische Legitimität, mehr Transparenz (oder eher „Durchschaubarkeit“) sowie höhere Effizienz gewährleistet werden können. Schließlich steht die EU vor der Aufgabe, sich eine neue Verfassung zu geben, die den greifbaren rechtlichen Rahmen der Unionsbürgerschaft glaubhaft verkörpert. Der Konvent wird sich mit vielen der drängendsten Fragen befassen und – so bleibt zu hoffen – am Abschluß seiner Arbeit konstruktive Antworten auf die meisten dieser Fragen präsentieren.

Ein Problem, für welches der Konvent schwerlich eine Lösung finden können wird, droht in dem Absinken der europäischen Wirtschaft in eine Rezession. Wirtschaftliche Talfahrten kommen ihrer Natur nach selbstverständlich immer zur Unzeit. Eine länger andauernde Konjunkturflaute, die mitten in die erste Erweiterungsrunde fiel, könnte jedoch zu einer Verzögerung der benötigten Direktinvestitionen in Mittel- und Osteuropa führen

und somit auch das dortige Wirtschaftswachstum schädigen. Deutschland hat längst die rote Laterne im Wachstumsvergleich innerhalb der Union übernommen. Es droht jetzt sogar, Ironie der Geschichte, ein „blauer Brief“ aus Brüssel, wegen Nichteinhaltung der Kriterien des von Deutschland so unnachgiebig vertretenen Stabilitätspaktes, da das Haushaltsdefizit in diesem Jahr bedrohlich nahe an die festgelegte 3%-Grenze zu steigen droht. Mit den notwendigen schmerzhaften Reformen ist jedoch vor den Bundestagswahlen nicht mehr zu rechnen, so daß eine baldige Erholung lediglich durch eine Belebung des Welthandels zustande kommen könnte. Auch hier ist der Spielraum nach Expertenmeinung kurzfristig aber eher gering.

Es gibt jedoch auch positive Entwicklungen zu verzeichnen. So ist in die Zypernfrage Bewegung gekommen. An diesem Problem hatte sich noch vor kurzem ein derart heftiger Streit entfacht, daß man schon befürchtete, die Ratifizierung sämtlicher Beitritte würde an einem griechischen Veto scheitern. Dieses war für den Fall angedroht worden, daß eine Aufnahme Zyperns, eines der am weitesten fortgeschrittenen Kandidaten, abgelehnt würde, wenn die Insel sich zum betreffenden Zeitpunkt noch in geteiltem Zustand befände. Eine Überwindung der Teilung ist zur Zeit, trotz intensiven Verhandlungsdrucks durch die EU, zwar noch nicht abzusehen. Seit Dezember 2001 treffen sich die beiden Führer der geteilten Insel, der türkischstämmige Rauf Denktas und der griechische Zypriot Glafcos Clerides, jedoch wieder zu regelmäßigen Gesprächen. Solange die beiden wegen ihrer Starrsinnigkeit berüchtigten Kontrahenten weiterhin miteinander reden, bleibt daher ein kleiner Hoffnungsschimmer auf eine umfassende Lösung, bei der schließlich alle Parteien nur gewinnen könnten.

V. Weitere Informationen im Internet

Konrad-Adenauer-Stiftung

Website der Konrad-Adenauer-Stiftung:

www.kas.de

Konrad-Adenauer-Stiftung – „EU-Erweiterungsdialog“:

http://www.kas.de/publikationen/2001/europa/eu_erweiterung/erweiterungsdialog.html

Europäische Union

Website der Europäischen Union:

www.europa.eu.int

Website der Europäischen Kommission - Generaldirektion Erweiterung:

www.europa.eu.int/comm/dgs/enlargement/index_de.htm

Die Erklärung von Laeken im Internet:

http://www.europa.eu.int/futurum/documents/offtext/doc151201_de.htm

Website des Rates der Europäischen Union:

<http://ue.eu.int/de/summ.htm>

Website der Schwedischen Ratspräsidentschaft (1. Januar – 30. Juni 2001):

www.eu2001.se

Website der Belgischen Ratspräsidentschaft (1. Juli – 31. Dezember 2001):

<http://www.eu2001.be>

Website der Spanischen Ratspräsidentschaft (1. Januar – 30. Juni 2002):

<http://www.ue2002.es>

Website von EUROSTAT:

<http://europa.eu.int/comm/eurostat/>

Website von EUROBAROMETER:
http://europa.eu.int/comm/public_opinion

Delegationen der Europäischen Kommission in den Kandidatenstaaten

Bulgarien	http://www.evropa.bg
Zypern	http://www.delcyp.cec.eu.int
Tschechische Republik	http://www.evropska-unie.cz/en/index.shtml
Estland	http://www.europaliit.ee
Ungarn	http://www.eudelegation.hu/
Lettland	-
Litauen	http://www.eudel.lt
Malta	http://www.delmlt.cec.eu.int
Polen	http://www.europa.delpol.pl
Rumänien	http://www.infoeuropa.ro/
Slowakische Republik	http://www.europa.sk
Slowenien	-
Türkei	http://www.deltur.cec.eu.int

Die Verfasser erreichen sie unter

fischer@eunet.be